

Des Kalendermanns Weltumschau 1958/59

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **239 (1960)**

PDF erstellt am: **25.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375656>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Des Kalendermanns Weltumschau 1958/59

Tiefer und höher

Die Antriebsgewalten der Atomkräfte und Raketen erhöhen und vertiefen der Menschheit den Raum in welchem sie wächst. Diese Triebkräfte reizen die Wettbewerbsinstinkte aufs schärfste. Im August vorigen Jahres *unterquerten* die mit Atomkraft getriebenen Unterseeboote «*Nautilus*» und «*Skate*» zum erstenmal vom Pazifischen zum Atlantischen Ozean das *Eis des Nordpols*. Sie erschlossen damit den Wissenschaftlern des Meeres und des Wetters neue Gebiete. Die Seestrecke von Tokio nach London wurde, unter Eis wenigstens, von 11 200 Meilen auf 6 500 Meilen fast halbiert. Das interessiert Handelsleute und Strategen.

Den ersten Unterquerungen des Poleises folgten bald gezielte Vorstöße von *Mondraketen* in den Weltraum hinaus. Am 11. Oktober gelang es den Amerikanern, eine Mondrakete 126 000 Kilometer weit gegen das Ziel vorzutreiben. Aber erst sowjetische Wissenschaftler verstanden es, am 2. Januar einer Mondrakete einen derartigen Stoß zu geben, daß sie die Anziehungskraft der Erde überwand und in eine Planetenbahn um die Sonne kurvte. Ein Erfolg, den wenige Wochen später die Amerikaner wett machten. Die UNO-Generalversammlung hatte inzwischen eine Kommission beauftragt, Wegleitungen zu einer internationalen, friedlichen *Erschließung des Weltalles* auszuarbeiten, also Regeln für das vielleicht abenteuerlichste Unternehmen der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Sowohl Rußland als Amerika trainieren zurzeit die ersten Weltraumfahrer, die es wagen wollen, Entdeckerruhm jenseits der atmosphärischen Grenze unserer Erde zu erwerben.

Der Konferenztisch als Gefechtsfeld

Unter dem Alpdruck der Zerstörungsgewalten der Nuklearwaffen und Raketenprojekte fühlen sich die westlichen Regierungsleute gedrängt, jeglichen Zwist um fast jeglichen Preis durch Verhandlungen beizulegen. Die Sowjets dagegen ziehen aus der Tatsache, daß ein Nuklearkrieg auch für sie eine tödliche Heimsuchung werden könnte, einen anderen Schluß: Sie machen aus dem Konferenztisch einen Kriegsschauplatz. So versuchten sie gewissermaßen, in Genf *Westberlin* zu erobern.

Am 27. November hatte Chruschtschew den Westmächten ultimativ zugerufen, bis zum 27. Mai hätten sie ihre Truppen aus Westberlin abzuziehen, damit ganz Berlin zur «Freien» — aus dem Sowjetischen übersetzt heißt das neutralisierten — Stadt gemacht werden könne. Macmillan flog darauf anfangs des Jahres nach Moskau. Er meinte, es gehe den Sowjets, die einen Friedensschluß mit zwei deutschen Staaten fordern, vor allem um den Statusquo, um die rechtliche Anerkennung der Sowjetherrschaft über Osteuropa und Ostdeutschland. Macmillan meinte, wenn man diese Herrschaft durch ein rüstungspolitisches Disengagement faktisch bestätigen und zugleich eine endgültige Regelung für die ehemalige deutsche Hauptstadt treffen würde, die den Westberlinern nicht die Freiheit ent-

ziehe, könnte man dem Frieden einen dauerhaften Dienst leisten. Chruschtschew honorierte diese Erläuterung mit dem Zugeständnis, daß eine Außenministerkonferenz ein Gipfeltreffen vorbereiten sollte.

Also traten die *Außenminister* am 11. Mai in Genf zusammen. In der ersten Hälfte, die bis 20. Juni dauerte, gestand Gromyko, «die wohl gerechteste» Lösung für Berlin wäre die Ausdehnung der vollen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik auch auf Westberlin, eine Forderung, die Ulbricht mit vollem Recht stellen könne. Da der Westen sich geweigert hatte, unter dem Druck des Ultimatums vom 27. November zu verhandeln, hatte Gromyko modifiziert, die Westmächte hätten ihre Truppen innert 18 Monaten aus Berlin zurückzuziehen, um innert dieser Frist den Forderungen Chruschtschews, an denen sachlich keine Abstriche vorgenommen wurden, zu entsprechen. Ein «letztes Angebot» der Westmächte, das den Sowjets bereits eine der Freiheit gefährliche Einschränkung der «Propaganda» in Westberlin und eine Begrenzung der westlichen Mannschaftsbestände und Rüstung in der freien Hälfte der ehemaligen Reichshauptstadt zugestehen wollte, fand harte Ablehnung. Ulbricht, dessen Beobachter am Konferenztisch gegenüber einer Bonner Beobachterdelegation hatte Platz nehmen dürfen, frohlockte, damit sei faktisch sein Regime bereits vom Westen anerkannt worden.

In der Pause bis zum Wiederbeginn verhärteten sich die Fronten eher. Und unter den Westmächten hielten, darin mit Moskau übereinstimmend, nur die Briten an einem demonstrativ zur Schau gestellten Optimismus fest. Macmillan pries das britische Phlegma als Verhandlungskraft, das schon oft mit der Unruhe der Welt fertig geworden sei. Was die Briten solcherart als Phlegma beliebt machen wollten, begann man auf dem Kontinent, vor allem in Bonn, als Hang zum Illusionismus zu fürchten.

Änderungen an der Spitze

Als am 11. Mai die Außenminister in Genf zusammentraten, fehlte *Dulles* unter ihnen. Präsident Eisenhower hatte Mitte April diesen großen Mitarbeiter tief bewegt in Krankheitsurlaub entlassen und durch Christian *Herter* ersetzen müssen. Hoffend, Dulles werde, zumindestens als Berater Eisenhowers, die außenpolitische Linie des Widerstandes gegen offene und versteckte sowjetische Aggressionen weiterhin garantieren, hatte Adenauer Mitte April angekündigt, er werde sich aus dem Kanzler-Amt ins Palais des *Bundespräsidenten* zurückziehen, das Professor Heuß Mitte September verfassungsmäßig verläßt. Freilich hatte der Kanzler zu verstehen gegeben, daß er als Staatspräsident, nicht anders als de Gaulle in Frankreich, kräftig auf die großen politischen Entscheidungen einzuwirken gedenke.

Aber am 24. Mai starb Dulles. Erschüttert und besorgt kehrte Adenauer von der Bestattung aus Washington zurück. Äußerungen ließen erkennen, daß er



Seit über hundert Jahren ist das Rütli Nationaleigentum des Schweizervolkes

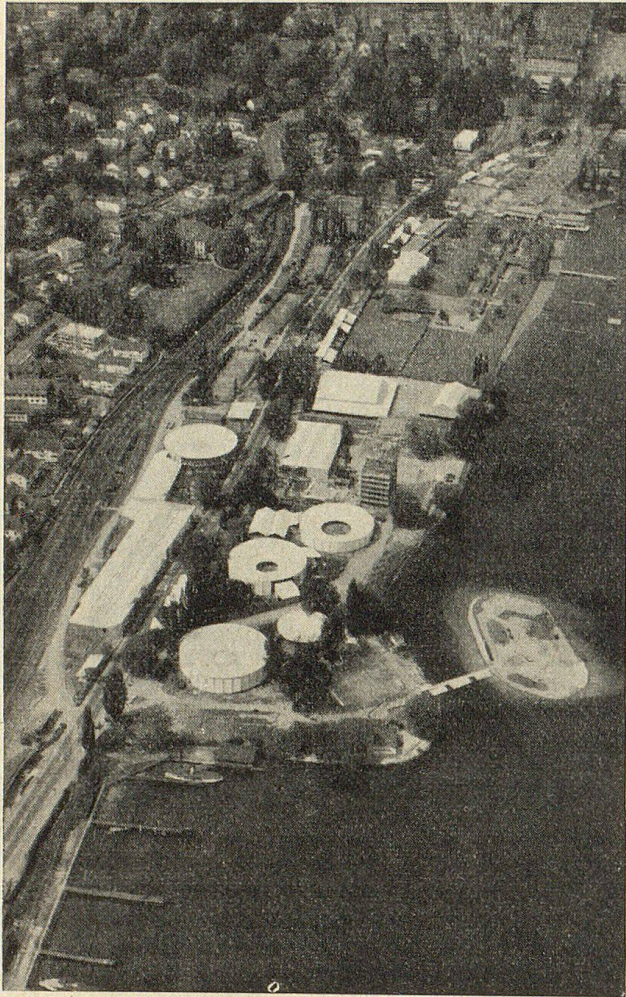
Im Sommer 1958 waren es hundert Jahre her, daß die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft den Entschluß faßte, den geweihten Boden des Rütli für alle Zeiten in die Hände des Schweizervolkes zu legen. Eine Landessammlung großen Stils erlaubte es, die Mittel für den Ankauf zu beschaffen. So wurde die geweihte Stätte des ersten Eidgenossenbundes zum Nationaleigentum, das eng mit der Geschichte unseres Landes verbunden bleibt.

sich nun im Kanzleramt unentbehrlich fühle, besonders dann, wenn er in diesem nicht durch Finanzminister Etzel ersetzt werde, sondern durch Erhard, den die Partei als künftigen Regierungschef favorisierte. Der Streit «Etzel oder Erhard?», der harte und gefährliche Formen angenommen hatte, wurde durch den «Alten» schließlich damit entschieden, daß er auf seinen Entschluß zurückkam und beschloß, im Kanzleramt zu bleiben. Er zwang die Partei, einen anderen Bundespräsidentenkandidaten aufzustellen. Sie einigten sich schließlich auf Landwirtschaftsminister *Lübke*, der am 1. Juli von der Bundesversammlung in Westberlin zum Nachfolger von Theodor Heuß, des unnachahmlichen ersten Präsidenten der Bundesrepublik, gewählt worden ist. Unter den außenpolitischen Schatten des Konferenzringens legten sich die Wogen der Leidenschaft bald.

Adenauer blieb Kanzler, de Gaulle aber herrscht als Staatspräsident. Nach dem die französischen Bürger im Herbst vorigen Jahres der neuen Verfassung zugestimmt und eine gaullistische Führung durch die Union für die neue Republik in der Nationalversammlung gesichert hatten, löste der General Coty, den letzten

Präsidenten der Vierten Republik im Elysée-Palast ab, um mit dem Jahreswechsel als erster diese Würde unter der Fünften Republik zu übernehmen. Seither liebt es de Gaulle, diese Republik mit fast königlicher Geste zu lenken.

Die Gradlinigkeit und Zielstrebigkeit, die de Gaulles Innenpolitik kennzeichnen, und der Erfolg, den er damit unter seinen Landsleuten hat, machen ihn auch zu einem anspruchsvollen Verbündeten. Zwar hat Adenauer bei einem Besuch in Colombey-les-deux-Eglises am 14. September den General als guten Europäer erkannt und seither strikte an der engen Partnerschaft mit Paris festgehalten. Aber der Chef der Fünften Republik stellt *Führungsansprüche* in der Weltpolitik. Er möchte Frankreich mit Amerika und Großbritannien in einem weltpolitischen Direktorium vereinigen und läßt folgerichtig die Wissenschaftler unter Hochdruck daraufhin arbeiten, auch Frankreich zu einer Kernwaffenmacht zu machen. Dieser weltpolitische Führungsanspruch hat innerhalb dem Atlantikpakt zu Spannungen und dessen Schwächung geführt, hat de Gaulle doch die Mittelmeerflotte dem Atlantikpakt-



Saffa 1958 in Zürich

Die Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit in Zürich wurde von rund 1,8 Millionen Interessenten besucht. — Unser Bild zeigt die Ausstellung aus der Vogelschau, rechts das Insel-Café im See.

Kommando für den Kriegsfall zur Sicherung Algeriens entzogen und sich geweigert, Kernwaffenarsenale in Frankreich anlegen zu lassen, solange man ihn nicht auch an Kernwaffen-Geheimnissen teilhaben läßt.

Erschütterungen in Afrika und dem Mittleren Osten

Wie weit wird de Gaulle zu einem Schicksalsmann Afrikas werden? Durch ihre Zustimmung zur Verfassung der Fünften Republik ließen sich Ende September über 40 Millionen farbige Menschen auf die Schicksalsverbundenheit eines Bürgerrechtes verpflichten. Aber de Gaulle fand im November bei den Wahlen in die Nationalversammlung unter den Algeriern doch keinen Partner für einen Waffenstillstand, geschweige denn

einen Friedensschluß. Und die durch Ferhat Abbas gebildete algerische Exilregierung hat bereits Fäden bis nach Peking geknüpft. Der Krieg mottet weiter.

Guinea war das einzige Glied der Französischen Union, das gegen die Verfassung stimmte und sich als neue afrikanische Nation aus der Französischen Gemeinschaft löste. Es suchte Verbindung mit Ghana. Nkrumah, dessen Premier, und Sekou Touré, der erste Regierungschef des souverän gewordenen Guinea kündigten Ende November die Bildung einer afrikanischen Föderation an.

Mit der Glut und der Heftigkeit eines Steppenbrandes breitet sich der Unabhängigkeitswillen im schwarzen Erdteil aus. Auch die *Kongolesen* wurden von ihm erfaßt. In Leopoldville, der Hauptstadt des Kongo, hat anfangs des Jahres ein Eingeborenen-Aufbruch die belgischen Kolonialherren erschreckt. Bis vor zwei Jahren war es im Kongo sogar verboten gewesen, politische Parteien zu bilden, und jetzt ertönte plötzlich der Ruf nach der Unabhängigkeit so heftig, daß sich König Baudouin am 13. Januar gedrängt fühlte, seinem Willen, die Bevölkerung des Kongo zur Unabhängigkeit zu führen, in einer Botschaft unmißverständlich Ausdruck zu geben.

Im Mittleren Osten aber ringen die *arabischen* Völker um Inhalt, Form und Ziele, die sie ihrer Souveränität geben wollen. Irak ist darüber zu einem neuen Krisenherd geworden. Als am 13. und 14. Juli vorigen Jahres in Bagdad König Faisal und Ministerpräsident Nuri-es-Said bei einem Putsch nasserfreundlicher Armeekreise auf scheußliche Weise umgebracht worden waren und in Jordanien zum Schutze König Husseins Briten und im Libanon Amerikaner landeten, sah es so aus, als ob die Völker dieser Länder zu neuen Untertanen Nassers und seiner Vereinigten Arabischen Republik würden. Moskau klagte damals die Amerikaner und Briten der Agression an. Diese zogen, als die Ruhe in Irak und Jordanien wieder einkehrte, ihre Truppen aber wieder zurück.

In Bagdad hat sich inzwischen *Kassem*, einer der Führer des Juliputsches, fest installiert. Er begann einen moskaufreundlichen Kurs zu steuern, in dessen Kielwasser sich immer mehr Kommunisten in Schlüsselpositionen einschleusten. Im März dieses Jahres kam es darauf in *Mossul* zu einem Putsch antikommunistischer Gruppen, den Kassem blutig niederschlug unter der Beschuldigung Nassers, dieser habe bei der Verschwörung die Hand im Spiele gehabt. Nasser seinerseits denunzierte Kassem umgehend als «kommunistischen Agenten», der ein Regime «des Blutes und der Galgen» ausübe. Darauf donnerte Chruschtschew Nasser an, er spreche wie ein Imperialist, worauf aus Kairo über alle Wellenlängen die sowjetische Politik im Mittleren Osten endlich als roter Imperialismus gekennzeichnet wurde.

Am 16. März, also kurz nach dem Scheitern des Aufstandes in Mossul, räumte Moskau Bagdad einen Kredit von 550 Millionen Rubel ein. Bald darauf trafen in irakischen Häfen Waffen aus Rußland ein und sowjetische Geologen erschienen, während die Iraq Petroleum Co, eine Gesellschaft unter britischer Leitung, welche die Konzessionen zur Ausbeutung aller Oelvor-

kommen im Irak besitzt, unter Druck gesetzt wurde, ihre Leistung an dieses zu erhöhen. Der sowjetische Einfluß begann sich damit im mittelöstlichen Oelgeschäft über Bagdad bemerkbar zu machen.

Gute und schlechte Beispiele

Vom 5. bis 11. Januar haben die Ministerpräsidenten der Türkei und Griechenlands in Zürich ein Abkommen ausgearbeitet, das *Zypern* einer Zukunft als unabhängige Republik zuzuführen verspricht und zugleich einen vergiftenden Zwist um diese Insel und einen opfervollen Widerstand gegen die britische Herrschaft über diese beendet hat. Es ist ein Kompromiß der Mächtigen, Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei, zugunsten der Zyprioten, also der Schwächeren, und der Lohn ist erst noch eine Verstärkung der Südostflanke des Atlantikpaktes.

Dafür brach aber bald darauf unter zwei andern Westmächten, Italien und Österreich, ein Konflikt aus. Wien

machte, sich auf den Friedensvertrag berufend, zum Fürsprecher der *Südtiroler*, welchen eine von Rom aus gesteuerte Wohnbaupolitik den Lebensraum in der angestammten Heimat zugunsten der Italienisch-Sprechenden immer mehr einengt. Es machte sich in den Wortgefechten zeitweise ein Geist von abgestandenem Chauvinismus Luft, der unter freien Europäern heute verpönt sein sollte. Und Rom sollte vielleicht einen Richtsatz des Förderalismus zum Gebot machen, der will, daß eine große Mehrheit einer anderssprachigen Minderheit gegenüber nicht nur Toleranz, sondern Großzügigkeit übt.

Keine Spur von Toleranz oder gar Großzügigkeit aber übt Rotchina in *Tibet*. Die rotchinesischen Truppen, die 1950 in das Hochland eindringen, verletzen aufs grösste Autonomieversprechen, die dem Bergvolk den Schutz seiner uralten Priesterherrschaft in Aussicht gestellt hatten. Und dem im Gebiet des Brahmaputra lebenden Kham-Stamm setzte Peking durch die Ansiedlung von Chinesen und eine Bodenreform derart zu, daß er zu den Waffen griff. Es kam in der Folge

zu einer *Volkserhebung*, die ihre Wellen bis nach Lhasa, der Hauptstadt trug. Doch die Rotchinesen schlugen mit allen verfügbaren Mitteln zurück, und am 17. März machte sich der Dalai Lama, das geistige und weltliche Oberhaupt, auf zu einer beschwerlichen wochenlangen Flucht, die ihn nach Indien führte, wo ihm Nehru Asyl gewährte. Anfangs Mai mußte der indische Regierungschef mitteilen, 9000 Tibetaner seien über Indiens Grenzen geflohen und gleichzeitig grobe Beschuldigungen gegen Peking zurückweisen. Doch Nehrus Protest gegen die rotchinesischen Verdrehungen und blutigen Unterdrückungen blieben auf höfliche Schonung Rotchinas bedacht.

Wie die Ungarn im Jahre 1956, so hat sich wieder ein kleines Volk mutig für die Bewahrung seiner Glaubens- und Lebensart gegen den kommunistischen Gleichschaltungsterror erhoben. Und da die 1900 Kilometer lange Straße von Lantschau nach Lhasa, über die die Unterdrücker ihren Nachschub zum «Dach der Welt» befördern müssen, für Guerilla-Angriffe sehr empfindlich ist, hoffen die kämpfenden

Tibetaner, ihren Widerstand, der in den angrenzenden chinesischen Provinzen ebenfalls zu Revolten führte, weiterführen zu können.

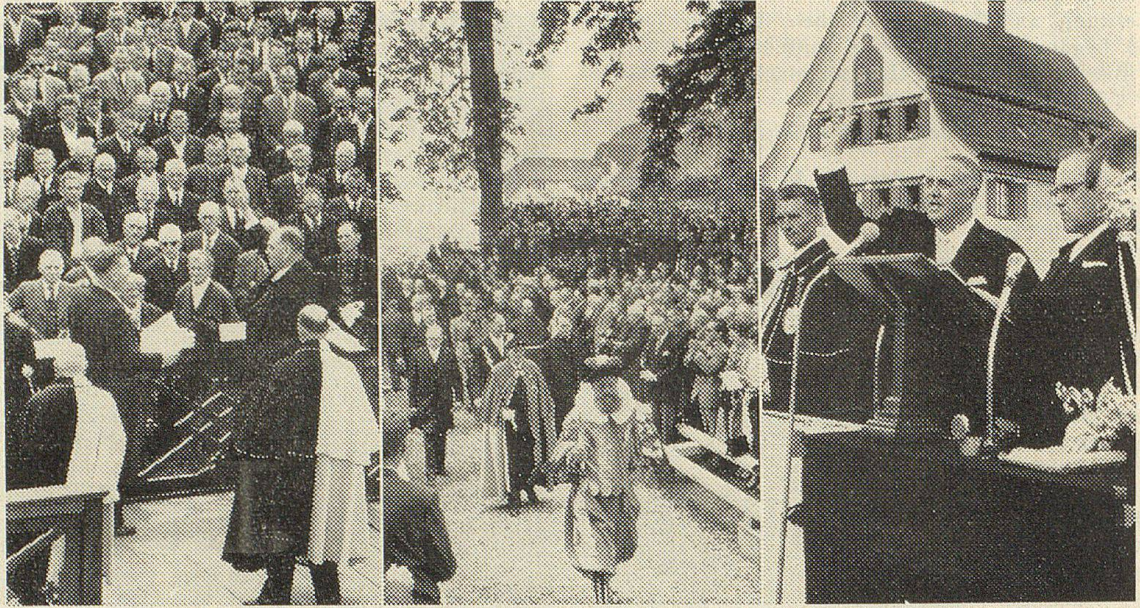
Während der rote Imperialismus sich in Tibet in nackter Brutalität entlarvte, wurde am 1. Juni aus der britischen Kolonie *Singapur*, einstmals eine der stärksten Säulen des britischen Imperiums, ein autonomer Staat. Eine gewählte Regierung würde für alle inneren Angelegenheiten zuständig, während London noch für die Verteidigung und die Außenpolitik verantwortlich bleibt.

Liberaler und ehrlicher

Frankreich und fast ein Dutzend andere Länder des OEEC-Kreises, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der auch die Schweiz angehört, haben das vorige Jahr beendet, indem sie ihre *Währungen frei konvertierbar* machten. Es war ein Akt der Liberalisierung durch Währungsehrlichkeit. *Frankreich* trat diesen Weg zurück in die Liberalisierung, der auch ein durch de Gaulle eingeleiteter Abbau der dirigistischen



Die Krönung Papst Johannes XXIII.



Die Landsgemeinden am letzten Aprilsonntag 1959

In den beiden Rhoden Appenzell sowie in Ob- und Nidwalden fanden die Landsgemeinden bei schönstem Frühlingswetter im traditionellen Rahmen statt. In Anwesenheit von rund 9000 Degenmännern wurden an der A. Rh. Landsgemeinde in Hundwil nach 6 Wahlgängen Reg.-Rat Jak. Langenauer, Rehetobel, zum neuen Landammann erkoren. Unser Bild (links) zeigt ihn bei der Eidesleistung. — Das Bild in der Mitte zeigt den Einzug der Regierung und der Ehrengäste in den Ring zu Wyl an der Aa, in Sarnen. — Bild rechts zeigt die Innerrhoder Landsgemeinde in Appenzell mit Landammann Dr. Broger, der auf 25 Jahre Zugehörigkeit zur Regierung zurückblicken konnte.

Wirtschaftspraktiken begleitet war, mit einer *Abwertung* an. Pinay, der Wirtschaftsminister versprach einen harten Franken, den er auf den Geldscheinen um zwei Nullen, die die Entwertung des Geldes kennzeichneten, beschneiden will. Hundert bisherige Franken soll nach der Ausgabe der neuen Münzen und Geldscheine wieder den Wert eines Franken besitzen. Und da mit dem wachsenden Jahr Frankreich tatsächlich eine wachsende wirtschaftliche Gesundheit zeigt, sind alle Aussichten auf einen glücklichen Ausgang seiner monetären und wirtschaftlichen Operation vorhanden.

Dafür verdüsterten andere Sorgen den Wirtschaftshorizont. Am 1. Januar dieses Jahres haben die sechs Länder der Montanunion sich zum *Gemeinsamen Markt* zusammengeschlossen und innerhalb dessen Grenzen die Zölle um eine erste Rate von 10 Prozent gesenkt. In 15 Jahren soll das Ziel erreicht sein: Völliger Abbau der Zölle nach Innen und gemeinsame Zollpolitik nach Außen. Aber diesem Binnenmarkt von 165 Millionen stehen nun die andern 11 Länder der OEEC gegenüber. Es gelang ihnen nicht, bis Mitte des Jahres durch eine große *Freihandelszone* eine Basis der kollektiven Zusammenarbeit mit den Sechs zu schaffen, die das Programm des Zollabbaus übernehmen, aber den Elf volle Handlungsfreiheit in der Gestaltung der Zölle gegenüber Mächten außerhalb der beiden Kreise lassen sollte. Sechs dieser Elf, die *Schweiz* unter ihnen, machten

deshalb Mitte des Jahres einen Anlauf, durch eine *kleine Freihandelszone* eine Brücke zu schlagen.

Es geht bei dem Konflikt um mehr als wirtschaftspolitische Differenzen. Bundesrat *Petitpierre* hat Ende April in Wien an einem Vortrag die Absage der Schweiz an den Gemeinsamen Markt damit begründet, ein neutraler Staat könne diesem nicht beitreten, weil er damit über die wirtschaftliche Abhängigkeit auch in die politische geraten müßte.

Im Vorfeld schwerwiegender Entscheidungen

Da der Bundesrat, in Übereinstimmung mit unserer Wehrtradition, der Meinung ist, daß der Armee die wirksamsten Waffen in die Hände gelegt werden müssen, hat er das Militärdepartement beauftragt, die mit der Einführung von Atomwaffen in unserer Armee zusammenhängenden Fragen zu prüfen. Die «Tass», Moskaus Nachrichtenagentur, zeternte darauf, eine atomare Bewaffnung der Schweiz wäre mit deren Neutralität nicht zu vereinbaren. Der Bundesrat antwortete postwendend und träf, einer Regierung, die über Kernwaffen verfüge und sich dessen gerne brüste, stehe es keineswegs zu, andern Staaten Lehren über die Bewaffnung zu erteilen.

Noch steht man, was die Atombewaffnung betrifft, in der Schweiz erst im Vorfeld der schwerwiegenden Entscheidungen. Sie führten weit über die Tragweite

bisheriger Rüstungsbeschlüsse hinaus. In kirchlichen Kreisen setzte deshalb eine Gewissensdiskussion ein. Und in der Sozialdemokratischen Partei kam es zu einem Ringen, das am Parteitag vom 5. Oktober dahin entschieden wurde, die Partei lehne die «einseitige Abrüstung atomarer und konventioneller Waffen und Streitkräfte» ab; denn «eine einseitige Abrüstung des Westens, also auch unseres eigenen Landes, würde die westlichen Demokratien ohne Unterschied dem Druck und der Erpressung der Sowjetunion ausliefern». Eine zutreffende Begründung zu einem unumgänglichen Entschcheid.

Die Atomwaffen beeinflussen, auch wenn wir selber noch über keine verfügen, die Wiederholungskurse unserer Armee immer stärker. Und die Gasmasken gehören wieder zur täglichen Ausrüstung bei allen Übungen. Sie ist aber nicht das einzige Zeichen für den Einfluß der Atomwaffengefahr auf das praktische Kursprogramm. Kompagnieweise müssen auch Atomlöcher gegraben werden, wobei bei den älteren Jahrgängen Erinnerungen an Grabübungen im letzten Aktivdienst wach werden.

Da der Bundesrat keine «einsamen Beschlüsse» fassen möchte, hat er einen Landesverteidigungsrat aus Politikern, Wissenschaftlern, Wirtschaftsleuten und Militärs geschaffen, wohl nicht zuletzt auch im Hinblick darauf, daß die *Rüstungsausgaben* in den nächsten Jahren die Milliardengrenze erreichen werden. Das ist auch ein sprechender Kommentar zu den Ereignissen der hohen Politik jenseits unserer Grenzen.

Wahljahr

In der Innenpolitik steht das Jahr im Zeichen der *Nationalratswahlen*. Man beachtete deshalb recht aufmerksam Verschiebungen im Thurgau und Kanton Zürich. Beide Stände erneuerten ihre Kantonsräte Mitte April. Sowohl der von der Großstadt beherrschte, als der in seinem Wesen noch stark durch bäuerliche Lebensart bestimmte Kanton offenbarten die gleiche Tendenz: Die Sozialdemokraten büßten Stimmen und Mandate ein, im Thurgau deren zwei und im Kanton Zürich fielen sie von 54 auf 49 Sitze zurück. Allerdings erlitten in diesem Kanton die Demokraten die eigentliche Niederlage, wurden sie doch von 17 Mandaten auf einen Besitzstand von zehn zusammengedrängt. In Zürich verfügen die bürgerlichen Parteien, Freisinnige, Bauern, Christlichsoziale, Demokraten und Evangelische im Kantonsrat nun über 110 von 180 Sitzen, wozu noch die ungebundeneren 19 Unabhängigen kommen, ein Kräfteverhältnis, wie es schon lange nicht mehr bestand.

Am gleichen Tag zeigte sich allerdings, daß im Welschland ein eher gegensätzlicher Zug zur Linken herrscht. Bei den Gemeindewahlen in Genf vom 12. April vermochten die Parteien der Linken ihre Mandatzahl zu erhöhen, die Sozialisten um zwei auf ein Dutzend, die Kommunisten sogar um sieben auf 18, wobei zu bedenken ist, daß die Nicolisten, die letztesmal noch sechs Mandate behauptet hatten, diesmal keine Kandidaten mehr aufgestellt haben.

In der welschen Schweiz sieht die Linke ohne Bangen dem großen eidgenössischen Wahltag im Herbst



Der neue Landsgemeindebrunnen in Hundwil

Ein Werk des Bildhauers Wilhelm Meier, erstellt im Auftrag der Hundwiler Dorfer-Brunnen-Korporation in Verbindung mit dem Appenzellischen Heimatschutz.

entgegen, und in der deutschen Schweiz hoffen die Sozialisten, gefährdetes Gelände durch Initiativen doch noch zu behaupten, haben sie sich doch bereits im Dezember durch ein Volksbegehren auf Revision der Altersversicherung und einen Vorstoß zur Einführung der Gesetzesinitiative recht gute Propagandaplattformen geschaffen. Von einer Bedeutung, die aber weit über das Wahlgesehen hinausreicht, ist das Bekenntnis zur Evolution, das die Sozialdemokratische Partei am letzten Juni-Sonntag durch die Annahme eines *neuen Parteiprogrammes* abgelegt hat. Viel Ballast an Etatismus



Bundesrat Dr. F. T. Wahlen bei seiner Vereidigung vor der Bundesversammlung

Professor Wahlen wurde als Nachfolger des verstorbenen Bundesrates Dr. M. Feldmann in die Landesregierung gewählt

ist über Bord geworfen worden unter dem Bekenntnis, «sowohl der Liberalismus als auch der demokratische Sozialismus und ebenso die religiösen Parteien wurzeln in gleichem abendländischen Grunde».

Der Tod von Bundesrat *Feldmann* am 3. November überbürdete der Bundesversammlung im Dezember die Aufgabe, einen Nachfolger zu wählen. Gegen parteistrategische Manöver entschied sie sich für eine überragende Persönlichkeit, für Professor *Dr. F. T. Wahlen* als neuen Mann im Bundesrat.

Die Urnengänge

Am 1. Februar dieses Jahres sind wir Eidgenossen zu einem der wichtigsten Urnengänge in den letzten Jahrzehnten geschritten, um mit 323 306 Ja gegen 654 924 Nein den *Frauen* das *Stimmrecht* zu *verweigern*. Der Prozentsatz der Jaager schwankte zwischen 60 Prozent im Kanton Genf, der mit der Waadt und Neuenburg zu den drei annehmenden Ständen gehörte, und 4,8 Prozent im Landsgemeinde-Kanton Appenzell-Innerrhoden. Im Ärger über die Verweigerung des

Stimmrechts streikten die Lehrerinnen des Basler Mädchengymnasiums während eines Tages, indessen die stimmrechtsreiferen Frauenrechtlerinnen sich rasch zum neuen Kampf rüsteten, diesmal auf dem Boden der Kantone und Gemeinden. Da die Waadt, einer der drei frauenrechtsfreundlichen Stände mit der Zustimmung zum eidgenössischen Stimm- und Wahlrecht den Frauen die *kantonale Stimmrechtsfähigkeit* zugesprochen hatte, könnte der erste Akt der eidgenössischen Wahlrechtsmündigkeit für Frauen darin bestehen, daß eine Waadtländer Ständerätin ins eidgenössische Parlament ziehen würde.

Bei den anderen Urnengängen der Jahreschronik ging es weniger hart zu und her. Am 6. Juli vorigen Jahres wurde mit 362 806 Ja gegen 229 433 Nein einem Verfassungsartikel über das *Filmwesen* zugestimmt. Am gleichen Tag wurde, weit eindeutiger, nämlich mit 515 396 Ja gegen 91 238 Nein das Verfassungsfundament für ein *schweizerisches Straßenbaunetz* gelegt. Am 26. Oktober verwarf das Volk mit 515 396 Nein gegen 315 790 Ja eine Landesringinitiative über die Einführung der *44-Stunden-Woche*. Inzwischen aber haben viele Betriebe aus freiem Ermessen eine Arbeitszeitverkürzung vorgenommen, sodaß sogar in einem ländlichen Kanton wie dem Thurgau zwei Drittel der Arbeitnehmer jener Betriebe, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, bereits die Fünftagewoche genießen. Am 7. Dezember hieß das Volk mit 500 993 Ja gegen 165 556 Nein den Staatsvertrag mit Rom über die *Wassernutzung des Spöls* gut. Gleichentags erhöhte der Souverän, was für den schwindenden Wert des Frankens spricht, mit 392 666 Ja gegen 165 556 Nein den *Höchst-einsatz für Spiele* in den *Kursälen* von zwei auf fünf Franken. Den vielen Casino-Fahrern nach Konstanz scheint dies freilich immer noch nicht hoch genug zu sein für einen Einsatz am Spieltisch. Die bittere Einsicht, daß der Kalte Krieg sich jederzeit als Vorspiel eines heißen Völkerbrandes erweisen könnte, bewog den Souverän am 24. Mai mit 380 345 gegen 230 616 Stimmen den *Zivilschutzartikel* anzunehmen.

Unterwegs daheim

Der Herbst bringt eine *Verteuerung der Bahnpreise* der SBB um 11,5 Prozent. Und in der Luft muß, allerdings erst in den Distanzen des Überseeverkehrs, die raschere Beförderung durch Düsenflugzeuge auch durch Taxerhöhung beglichen werden. Aber die Reiselust der Menschen läßt sich durch keine Teuerung dämpfen. Es scheint, als ob sich viele Menschen unterwegs daheim fühlten.

Die Planer des Verkehrs geben sich alle Mühe, der Reiseleidenschaft gerecht zu werden. Nachdem die *Swissair* ihr *Aktienkapital* voriges Jahr erheblich erhöhte, um für die Düsenzeit gerüstet zu sein, ist diese in Form der neuartigen, durch Schub anstelle von Propellern angetriebenen Maschinen bereits um Ostern über Kloten hereingebrochen. Die Düsen-Maschinen der britischen Übersee-Luftfahrtgesellschaft sind als erste auf unserem größten Flugplatz, dessen Blindlandepiste von 2600 auf 3600 Meter verlängert wird, gelandet.

Ende April haben die Bauarbeiten an der *Autobahn Lausanne-Genf* begonnen. In der Wintersession stimmten

Nationalrat und Ständerat einem Abkommen zwischen Bern und Rom über den Bau eines Straßentunnels unter dem *Großen St. Bernhard* zu. Auf italienischer Seite ist man schon weit in den Bergfuß gestoßen, täglich etwa acht Meter. In absehbarer Zeit kann also die erste automobilistische Unterquerungs-Route der Alpen eröffnet werden. Sollte es in der Folge dieses und anderer geplanten Unterquerungen auf den Alpenhöhen wieder etwas verkehrsrühiger werden, so wäre das kein Unglück und vielleicht doch nicht nur den Geißern angenehm.

Totentafel

Am 3. November 1958 verstarb plötzlich und unerwartet in seinem 61. Altersjahr an einem Herzschlag, mitten aus einem arbeitsreichen Leben, Bundesrat Dr. Markus *Feldmann*, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, das er seit 1951 leitete. Ein großer Eidgenosse, ein Mann von unbeugsamem Charakter, erfüllt vom verzehrenden Feuer des rastlosen Dienstes an Volk und Staat, das war Bundesrat Feldmann. Der Kampf für das was er als wahr und gut erkannt hatte, das war und blieb sein Lebens- element. Wie der so plötzlich Dahingegangene seine öffentliche Aufgabe und sein Wirken als Staatsmann auffaßte, das sei hier mit seinen eigenen Worten in Erinnerung gerufen: «Ohne staatliche Ordnung ist kein vernünftiges Zusammenleben möglich. Die Staatsordnung hat eine doppelte Aufgabe zu lösen: Einmal den Menschen davor zu schützen, daß der Staat nicht seine Macht mißbraucht und andererseits den Staat davor zu beschützen, daß der Mensch nicht seine Freiheit mißbraucht. Das Mittel zur menschenwürdigen äußeren Ordnung liegt im Recht. Die Demokratie sagt an und für sich nichts aus über den Zustand, in dem sich die Freiheit des Staates befindet. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Herrschaft der Volksmehrheit. Zur vernünftigen Ordnung gehört, daß der eine nicht nur seine Freiheit verlangt, sondern auch die Freiheit des andern achtet.» — Der Bundesrat ordnete für seinen verstorbenen Amtskollegen ein Staatsbegräbnis an, und unter der Anteilnahme des Berner- und Schweizervolkes wurde der große Eidgenosse zu Grabe geleitet. Er wird im Schweizervolke weiterleben vor allem auch als unerschrockener Kämpfer für Demokratie und Recht während der äußeren Bedrohung unseres Landes im Zweiten Weltkrieg durch die Diktatur- regime. — Mitten aus seinem Wirken für Volk und Staat wurde auch Nationalrat Arthur *Steiner* im 62. Altersjahr abberufen, als er an einer Kommissionssitzung des Nationalrates in Genf teilnahm. Mit dem Hinschied des Zentralpräsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und des Zentralpräsidenten des

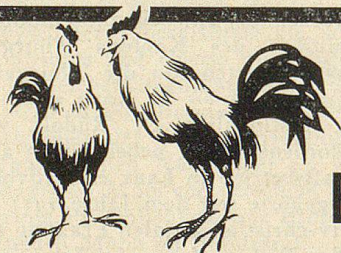
Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes trat eine der markantesten Persönlichkeiten von der politischen Bühne ab. Arthur Steiner war trotz seiner parteipolitischen Gebundenheit der Mann, mit dem sich reden ließ, der Mann der Verständigung und der Verträge, einer der maßgebenden Initianten des Arbeitsfriedens in unserem Lande. — Im aargauischen Oberentfelden verstarb Nationalrat Dr. Arthur *Schmid*, der als Vertreter der Sozialdemokraten dem Nationalrat während 40 Jahren angehört hatte. — Im Alter von erst 59 Jahren verstarb der zürcherische Justizdirektor, Regierungsrat Emil *Reich*. Er war im Jahre 1954 als Vertreter der Demokraten in die Zürcher Regierung gewählt worden, nachdem er zuvor die Strafanstalt Regensdorf geleitet hatte, wo er seinerzeit durch seine Reformen im Strafvollzug Aufsehen erregte. — Alt Landammann Dr. h. c. J. J. *Gabathuler* erlag wenige Monate nach seinem



Bundesrat Dr. Markus Feldmann †

75. Geburtstag einem Herzschlag. In Weite-Wartau geboren, kehrte er nach seinem Rücktritt aus der St. Galler Regierung im Jahre 1951 wieder auf den elterlichen Gutsbetrieb zurück. Zeit seines Lebens war er mit der Landwirtschaft und seiner engern Heimat nah verbunden. Von 1906 bis 1911 war J. Gabathuler, dipl. Ing. agr. der ETH, erster Direktor der Landwirtschaftlichen Schule Charlottenfels in Schaffhausen gewesen. Später übernahm er eine Lehrstelle am Custerhof Rheineck. Das St. Galler-Volk wählte ihn 1937 in die Regierung. Zweimal gehörte er auch dem Nationalrat an. Große Verdienste erwarb sich Regierungsrat Gabathuler um die Linth-Melioration und die Melioration der Rheinebene, wofür ihn die Handels-Hochschule St. Gallen zum Ehrendoktor ernannte. — Nationalrat Otto *Wartmann* war während Jahrzehnten ein bekannter Bauernpolitiker des Kantons Thurgau. 1935 ordneten ihn die Thurgauer Bauern in den Nationalrat ab. — In Ilanz starb im Alter von 60 Jahren Nationalrat Dr. Rudolf von *Toggenburg*. Der Verstorbene führte neben einem ausgedehnten Landwirtschaftsbetrieb in Laax ein Advokaturbureau in Ilanz. Er gehörte seit dem Jahre 1931 als Mitglied der konservativ-christlichsozialen Fraktion ununterbrochen dem Großen Rat an, den er im Jahre 1939 präsidiert hat. Dem Nationalrat gehörte er seit 1955 an. — Im politischen Leben des Standes Graubünden spielte Ständerat Dr. Alb. *Lardelli* lange Jahre eine hervorragende Rolle. Der Ständekammer gehörte er seit 1935 an als Mitglied der demokratischen Fraktion und Partei. — In Küsnacht verschied in seinem 71. Lebensjahr Professor Dr. Gottfried *Guggenbühl*. Der Verstorbene wirkte an der Eidgenössischen Technischen Hochschule seit dem Wintersemester 1921 als Privatdozent für Neue Geschichte und betreute seit dem Sommersemester 1928 bis zu seinem Rücktritt auf Ende des Sommersemesters

1958 den Lehrstuhl für Geschichte, insbesondere Schweizergeschichte und geschichtliche Verfassungkunde. Die Hochschule verliert in ihm einen hervorragenden Lehrer, dem es in seiner langjährigen Tätigkeit ein besonderes Anliegen war, die vaterländische Geschichte und den staatlichen Aufbau der Schweiz den Studierenden nahezubringen und ihnen die Werte einer echten staatsbürgerlichen Bildung zu vermitteln. — In Schaffhausen starb im Alter von 72 Jahren Prof. Dr. Werner *Fehlmann*. Er wirkte als Lehrer der Naturwissenschaften am Schaffhauser Gymnasium und erwarb sich über die Landesgrenzen hinaus einen Namen als Fachmann der Fischerei, als welcher er einen Lehrauftrag an der ETH in Zürich erhielt. Verschiedene ausländische Staaten zogen ihn als Experten bei. Prof. Fehlmann wurde zum Vorkämpfer für den Gewässerschutz in der Schweiz. — Als Direktor der Eidgenössischen Sternwarte in Zürich und durch seine wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Sonnenforschung genoss Prof. William *Brunner* internationales Ansehen. Er wirkte von 1926 bis 1945 als Professor für Astronomie an der ETH in Zürich. — Mit dem Engadiner Poeten Men *Rauch* verlor das ladinische Schrifttum des Engadins eine seiner markantesten Gestalten. Er war ein Romane von hoher Kultur, mit einem ausgesprochenen Sinn für alles Schöne und Echte. Sein Lebenswerk ist das Zeugnis eines lieben, vielseitigen und unerschrockenen Menschen. Sein Tod hinterläßt eine schwer zu schließende Lücke in den Reihen der um die Erhaltung der ideellen Güter kämpfenden Engadiner. — Der Schriftsteller Carl Albert *Loosli* hat sich Zeit seines Lebens als kompromißloser Verfechter und Freund leidender Menschlichkeit bewährt. So ist es weitgehend ihm zu verdanken, daß die Diskussion über das Verdingkinder- und Anstaltsproblem in der breiten Öffentlichkeit aufgerollt wurde. Loosli verfaßte mehrere Romane, Novellen, Mundarterzählungen sowie sozialpädagogische Schriften. — Die in Basel verstorbene Schriftstellerin Cecil Ines *Loos* hat sich als feinsinnige Autorin von Romanen wie z. B. «Die Rätsel der Turandot» einen großen Leserkreis erworben.



Neu
ERNESTINI

Ernst

die Marke feinsten Teigwaren

— Prof. Charly *Clerc* hatte den Lehrstuhl für französische Literatur an der ETH in Zürich inne. Er war auch Mitglied der Schweizerischen Schiller-Stiftung und der Pro Helvetia und Verfasser verschiedener bedeutender literarischer Werke. — In St. Gallen verstarb in seinem 64. Altersjahr Prof. Dr. Hans *Beßler*. Er wirkte als Geschichtslehrer an der Kantonsschule und diente auch der Handels-Hochschule mit Vorlesungen über neueste Geschichte. Er war ein begnadeter Lehrer und Vortragsredner, der mit seinen historischen Studien weit über die Vadianstadt hinaus Anerkennung gefunden hat. — Der in seinem 65. Altersjahr verstorbene Ordinarius für Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, Professor Dr. Werner *Näf*, stammte aus St. Gallen, wo er einige Jahre als Gymnasiallehrer tätig war. Mit der Vadianstadt fühlte er sich Zeit seines Lebens eng verbunden. Davon legt auch seine bekannte Vadian-Biographie Zeugnis ab, an der er in seinen letzten Lebensjahren arbeitete und die ihn in die Reihe unserer großen Schweizer Geschichtsschreiber rückt. — Oberstkorpskommandant Ulrich *Wille* ging im Alter von 82 Jahren zur Großen Armee ein. Als Sohn General Willes fühlte er sich zur militärischen Laufbahn berufen. 1932 wurde er zum Oberstkorpskommandanten und Waffenchef der Infanterie ernannt. 1939 ernannte ihn General Guisan zum Chef der Ausbildung der Armee, in welcher Funktion er sich besondere Verdienste zur Stärkung des Widerstandsgeistes und der Kampftüchtigkeit unserer Truppe in jenen kritischen Zeiten erworben hat. In den Jahren des Ruhestandes stellte er sich als Präsident des Stiftungsrates der Pro Juventute zur Verfügung. — In Minister Dr. Hans *Sulzer*, Winterthur, verlor unser Land einen hervorragenden Wirtschaftsführer. Verwaltungsratspräsident der Gebrüder Sulzer AG, war er eine ungewöhnlich vielseitige Persönlichkeit, in der sich die Eigenschaften des Diplomaten und Wirtschaftsführers auf glücklichste vereinigten. 1917 bis 1920 bekleidete er den Posten eines schweizerischen Gesandten in Washington. Auch im Zweiten Weltkrieg stellte er sich dem Lande zur Verfügung, so als Chef der Sektion Eisen und Maschinen im Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamt usw. — Direktor Oscar *Rhiner* vom Custerhof Rheineck hatte seine Jugendzeit in Trogen verbracht, wo sein Vater das Amt eines Waisenvaters an der Schurtanne bekleidete. Der Jüngling besuchte dann den Unterricht am Custerhof, nicht ahnend, daß er dereinst zum Direktor dieser Schule aufrücken würde. Nebst der Schule betreute er später im Rheintal die bäuerliche betriebswirtschaftliche Beratung, wobei er maßgebend am Aufbau der neuen Siedlungen in der Rheinmelioration beteiligt war. — In Schwanden (Glarus) ist, kurz vor seinem 78. Geburtstag, der Gründer und langjährige Leiter der «Therma», Samuel *Blumer-Schießer*, gestorben. Er war ein Pionier der thermoelektrischen Technik, und sein Name bleibt mit einigen Neukonstruktionen am Bügeleisen und am elektrischen Herd auf immer verbunden, auch wenn seine Erfindungen längst Allgemeingut geworden sind. Von sich aus verbesserte er die damals spärlich und primitiv genug gestalteten elektrischen Apparate und erweiterte die kleine Werkstätte, die er mit 23 Jahren mit der finanziellen Hilfe seines Onkels Niklaus Zweifel von Diesbach ins Leben geru-



Erste Reihe (oben) von links nach rechts: 1. Nat.-Rat O. Wartmann, Frauenfeld. 2. Ständerat Lardelli, Chur. 3. C. A. Loosli, Schriftsteller, Bümpliz. 4. Minister Dr. Sulzer, Winterthur. *Zweite Reihe*: 1. Oberkorpskdt. Ullr. Wille, Meilen. 2. Prof. Dr. Werner Näf, Bern-St. Gallen. 3. Prof. ETH Charly Clerc, Zürich. 4. Cecil Ines Loos, Schriftstellerin, Zürich. *Dritte Reihe*: 1. Reg.-Rat Dr. h. c. Gabathuler, Wartau. 2. Nat.-Rat Arth. Schmid, Oberentfelden. 3. Nat.-Rat Arth. Steiner, Bern. 4. Reg.-Rat Emil Reich, Zürich.

fen hatte, schon 1907 zu einer Aktiengesellschaft. Blumer hat die Firma bis 1935 geleitet. Dann zwang ihn ein hartnäckiges Leiden, die Fortsetzung seines Werkes andern Kräften zu überlassen. — Der im 68. Altersjahr in Zürich verstorbene Adolf Galliker war Zentralsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins und Redaktor des Schweizerischen Kaufmännischen Zentralblattes. Der SKV verdankt Ad. Galliker die Scheinfirmen- und Jugendbewegung. Er erwarb sich auch besondere Verdienste um die Erwachsenenbildung. In Dr. h. c.

Arnold Gugelmann, Langenthal, verlor die schweizerische Textilindustrie eine ihrer markantesten Persönlichkeiten. Die Universität Bern verlieh ihm den Ehrendokortitel. — Professor Wilhelm Knoll ist vor allem in Sportkreisen bekannt geworden durch sein Studium der sportlichen Leistungen und deren Auswirkungen auf den menschlichen Organismus. 1876 in Frauenfeld geboren, bekleidete er in den Dreißiger-Jahren eine Professur an der Universität Hamburg. Den Lebensabend verbrachte er am Vierwaldstättersee.